

# Die Überalterung – unser Glück

Die Früchte der demographischen Verschiebung müssen nur geerntet werden. Dafür braucht es ein gegen oben flexibles Rentenalter und mehr Teilzeitmodelle für älteres Personal. **REINER EICHENBERGER**

Auf immer mehr Rentner kommen immer weniger Erwerbstätige. Deshalb plant der Bundesrat, unser Altersvorsorgesystem zu reformieren. Dabei will er unbedingt ein Sinken der Renten relativ zu den Löhnen verhindern. Besonders will er höhere Beitragssätze und höhere Mehrwertsteuern zur Subventionierung der AHV. Zudem will er das Referenzalter für die Pensionierung bei individueller Flexibilisierung bei 65 Jahren für Männer und Frauen vereinheitlichen. Diese Politik entspringt einem Denken, das die Alterung als Last sieht und neben dem Renten-GAU explodierende Gesundheitskosten, überfüllte Altersheime und nachlassende Innovationskraft fürchtet. Doch das ist pure Alterungsphobie und führt auf den Holzweg. Die höhere Abgabenlast belastet neben der Wirtschaft den ganzen Standort Schweiz und allen voran die Jungen und die Familien, die heute finanziell zumeist schlechter als die Alten dastehen. Dabei ist es so offensichtlich, was zu tun wäre.

Schon eine einfache Überlegung zeigt, wie verquer die Alterungsangst ist. Wäre nämlich die Überalterung infolge steigender Lebenserwartung wirklich so schlimm, müsste umgekehrt die Verjüngung durch sinkende Lebenserwartung gut sein. Doch eine sinkende Lebenserwartung wäre eine unvorstellbare Katastrophe, darin sind sich alle einig. Folglich sollten wir die stereotypen Schreckensszenarien hinterfragen. Und dann zeigt sich: Die zunehmende Alterung der Gesellschaft ist unser Glück.

## Alterung steigert das Leistungspotenzial

Die Menschen werden nicht älter und kränker, sondern sie werden älter, weil sie immer gesünder werden. Wie die moderne Altersforschung zeigt, nimmt mit steigender Lebenserwartung die Zeit zu, in der Menschen produktiv tätig sein können, während die gesellschaftlich weniger produktive Zeit – die Jugendjahre und die paar Jahre vor dem Tod – in etwa konstant bleibt. Folglich nimmt die reale Alterslast ab, nicht zu. Prognostiker, die eine Zunahme der Alterslast voraussagen, definieren «alt» als über 65-jährig und gehen davon aus, dass die «Alten» nicht mehr erwerbstätig sind. Damit werden die ganzen pessimistischen Voraussagen per Annahme eingeführt. Doch das Leistungspotenzial der «Alten» ist riesig. Das illustrieren die vielen über 65-jährigen Selbständigerwerbenden, Verwaltungsräte, engagierten Grosseltern, Dauertouristen und berühmten Investoren genauso wie die zahlreichen «alten» Präsidenten, Senatoren und Verfassungsrichter auf der ganzen Welt.

Die Früchte des gesellschaftlichen Alterungsprozesses müssen nur geerntet werden. Die «Alten» müssen Möglichkeiten haben, ihre stetig zunehmende Produktivität auch auszuleben. Dafür braucht es ein gegen oben flexibilisiertes Rentenalter, die Institutionalisierung von Teilzeitmodellen für ältere Arbeitnehmer und entsprechende Anreize. Skeptiker wenden gegen längere Lebensarbeitszeiten oft ein, die Alten nähmen den Jungen die Arbeits-

plätze weg. Doch das ist falsch. Die ganze Alterungsdiskussion dreht sich ja gerade darum, dass die Arbeitskräfte in Zukunft noch knapper werden. Zudem ist die Arbeitsmenge nicht begrenzt. Wenn die Alten ihr Einkommen ausgeben, schafft ihre Nachfrage neue Arbeitsplätze. Wenn sie es nicht ausgeben, umso besser, denn ihre uneingeforderten Konsumansprüche werden via sinkende Preise an die konsumwilligen Jungen weitergeleitet, die so ein arbeitsfreies Zusatzeinkommen beziehen – ganz wie im Schlaraffenland.

Oft wird auch behauptet, die Alten seien körperlich und geistig ausgebrannt und fänden keine Stellen. Doch das gilt nur für die wenigsten Berufe. Wenn Ältere bei der Stellensuche Schwierigkeiten haben, liegt das zumeist am



*«Die Alten müssen Möglichkeiten haben, ihre stetig zunehmende Produktivität auszuleben.»*

wegen anstehender Zwangspensionierung eng begrenzten Zeithorizont des angestrebten Arbeitsverhältnisses sowie an den hohen Lohnkosten für Ältere infolge Senioritätslohnprinzips und verschiedener Pensionskassenvorschriften. Auch die oft beklagte sinkende Anpassungsfähigkeit im Alter hängt vor allem mit der bevorstehenden Pensionierung zusammen, nicht mit dem Alter. Einige Jahre vor der Pensionierung lohnt es sich weder für die Arbeitnehmer selbst noch für ihre Arbeitgeber und Arbeitskollegen, in ihre Fähigkeiten zu investieren. Aber das gilt unabhängig davon, ob sie mit 65, 60 oder 50 pensioniert werden. Umgekehrt würde die Produktivität vieler älterer Mitarbeiter steigen, wenn das Pensionierungsalter erhöht oder gegen oben flexibilisiert würde.

Die Alterung der Gesellschaft folgt auch daraus, dass die Geburtsjahrgänge heute rund 30% kleiner sind als in den Sechzigerjahren. Doch das dürfte um 2040, wenn die grossen Jahrgänge in Pension sind und die starr definierte Altersquote ihren Höchststand erreicht hat, nur kleinere Probleme verursachen. Neben der Flexibilisierung des Pensionalters hilft das Wirtschaftswachstum. Das Einkommen pro Beschäftigten wird bis 2040 selbst bei moderatem jährlichem Wachstum von 1 bis 1,5% um 30 bis 40% steigen, sodass die Rentner dann selbst bei deutlich niedrigeren Renten relativ zu den Löhnen viel besser dastehen als heutige Rentner. Zudem werden die Vermögen bis dann weiter steigen, und das ist stark in den Händen der Älteren konzentriert. Für normale Rentner von 2030 oder 2040 ist eine Renteneinbusse also mehr als zumutbar.

Welche politischen Empfehlungen folgen aus der Einsicht, dass die Alterung unser Glück ist? Die Früchte dieser

grossartigen Entwicklung können nur geerntet werden, wenn die Lebensarbeitszeit im Durchschnitt deutlich steigt, individuell möglichst flexibel ist sowie neue Lösungen für die Erwerbsarbeit im Alter gefunden werden.

Wir müssen die Lohnsysteme dem neuen Verlauf der Produktivität über die Lebenszeit anpassen und institutionelle Hindernisse für die Einstellung älterer Arbeitnehmer beseitigen. Den leistungsfähigen Rentnern müssen Anreize geboten werden, um weiterzuarbeiten – etwa indem die Steuersätze auf Arbeitseinkommen ab dem offiziellen Rentenalter gesenkt werden. Wegen der negativen Auswirkungen von Zwangsmassnahmen sollte es dem Einzelnen überlassen werden, wie lange er arbeiten will. Je flexibler und individueller das Pensionierungsalter ist, desto weniger werden die Alten im Arbeitsmarkt pauschal diskriminiert und desto stärker lohnt es sich für die Arbeitgeber und die Arbeitskollegen, weiterhin in die Produktivität älterer Mitarbeiter zu investieren.

## Erfolgsrezept: Wahlfreiheit und Anreize

Zudem sollte es jedem Einzelnen überlassen werden, wie viel Rentenluxus er sich über den Minimalstandard hinaus leisten will. In Zukunft ist die Idee eines staatlichen Rentenstandards sowieso hinfällig. Zum einen bringt schon der Übergang zum Beitragsprimat eine Individualisierung. Zum anderen wächst die Zahl derjenigen schnell, die einen Teil ihres Erwachsenenlebens im Ausland verbringen, deshalb nicht ausschliesslich nach dem Schweizer System einzahlen und folglich nur eine verkürzte schweizerische Rente, aber zusätzlich auch eine ausländische Teilrente haben. Deshalb sollte der Bundesrat – gerade auch angesichts der von ihm selbst vertretenen Personenfreizügigkeit – nicht versuchen, das alte überkommene System zu zementieren. Vielmehr sollte er es dringend an die modernen Bedürfnisse anpassen.

Natürlich funktioniert die Alterssicherung nach dem Kapitaldeckungsverfahren nur gut bei anständigen Realrenditen. Diese hängen langfristig viel weniger von der aktuellen Lage an den Finanzmärkten ab, als oft behauptet wird. Über längere Zeiträume werden sie v.a. von der wirtschaftlichen Expansion und der Produktivitätssteigerung dank technischem Fortschritt geprägt und betragen für «risikolose» Anlagen wie Schulden stabiler Staaten 1 bis 2%. Deshalb sollte sich der Bundesrat viel dezidierter dafür einsetzen, dass endlich die zu hohen Verwaltungskostenätze der Versicherer sinken und die zu niedrigen Aktienanteile in den Pensionskassenanlagen steigen können, denn Aktien liefern langfristig weit höheren Ertrag als Staatspapiere, obwohl sie bei richtiger Diversifizierung des Portefeuilles kaum grössere Risiken bringen.

*Reiner Eichenberger ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg i. Üe. und Mitglied des Center for Studies in Public Sector Economics der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg.*



**MANFRED RÖSCH**  
zum Thema  
Führungsschwäche  
in den westlichen  
Demokratien

## Personalnot

**Einst wandelte Barack Obama auf Wasser, nun steht es ihm bis zum Hals.** So karikiert ihn der «Economist» auf der Titelseite. Und auf der Ersatzbank des Spitzenpersonals westlicher Demokratien hocken nur noch Angeschlagene.

Frankreichs Präsident François Hollande ist bereits ein Nonvaleur; ihm fehlt jede Kraft, dringend notwendige Reformen durchzusetzen. Daher vermag er nach aussen erst recht nicht zu wirken – wo doch der Hintersinn des französischen Präsidialsystems gerade der ist, als «Weisses Haus» Europas zu funktionieren. Grossbritanniens Premier David Cameron seinerseits gleicht Hamlet: In Europa sein oder nicht in Europa sein, das ist hier die Frage.

## Bleibt die «Königin von Europa», wie manche Medien Angela Merkel adeln.

Doch ihr Regierungsprogramm, das sie mit den Sozialdemokraten vereinbart hat, ist kein Leuchtturm, sondern provinziell: umverteilen hier, intervenieren dort, heute verpassen statt sorgen für morgen – Vater Staat über alles.

Dieser Nonsense-Konsens wird die deutsche Wirtschaft bremsen, somit den ganzen Kontinent. Vor allem aber schmälert er Berlins Glaubwürdigkeit gegenüber den Euro-Partnern. Die hatten erwartet, nach dem Schwebestand vor den Wahlen werde die Kanzlerin endlich beherzt voranschreiten. Nun müssen sich für den schlimmsten Fall rüsten: ein erstarrtes, kleinkariertes Kabinett Merkel III, das auf der Dorfbühne biedere Schwänke spielt statt als Hauptakteur Schwung in die Europa-, ja Weltpolitik zu bringen.

Weil die Defizite grosser westlicher Demokratien augenfällig auch personelle sind, bleibt enorm viel Macht bei den Notenbanken. Das beunruhigt, denn so liest sich keine Verfassung. Und es löst kein einziges Problem: Die Geldpolitiker können zwar den Brand löschen und am Wiederaufflackern hindern, doch das Haus feuersicher neu erbauen, das müssen die gewählten Politiker. Darauf sind sie vereidigt, nicht auf die eigene Wiederwahl.